

## Zuwanderungsdebatte falsche Spiele aller Beteiligten



Adrian Pulver,  
SD-Zentral-  
sekretär, Bern

Vor ungefähr einem Monat wurden letztmals die neusten Zahlen zur Bevölkerungsbewegung veröffentlicht. Dabei stieg im März 2014 die Nettozuwanderung um satte 14 Prozent, verglichen mit dem Vorjahresmonat, an. Somit wanderten in dieser Monatsperiode 5546 Personen ein. Am 9. Februar 2014 sprach sich das Schweizer Stimmvolk für die Masseneinwanderungsinitiative aus. Seitdem läuft eine ausgeprägte Dauerdebatte, welche von taktischen Spielchen aller Beteiligten geprägt ist. Von einer Umsetzung des Volksentscheides kann hierbei kaum die

POSTCODE

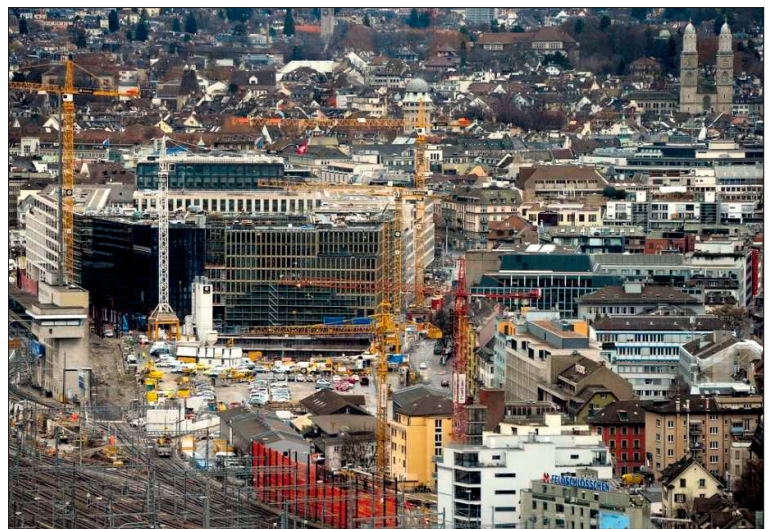
AZB 3001 Bern

Rede sein, **zumal die Verantwortlichen des Bundesrats über keine Verhandlungsstrategie mit der EU bezüglich des Gesamtpaketes der bilateralen Verträge verfügen.** Beobachtet man die Ereignisse im Zusammenhang mit dieser Gesamtdiskussion, so kann festgestellt werden, dass unsere Landesexekutive jeweils von Verhandlungen spricht und danach wohl aus dem daraus resultierenden Ergebnis mögliche

innenpolitische Umsetzungsvorschläge einbringen will. Ein solcher Ansatz hat jedoch bereits erste Konsequenzen zur Folge gehabt.

### Bundesrat unterlag auf der ganzen Linie

Wurde unmittelbar nach dem Urnengang noch davon gesprochen, nicht auf die Personenfreizügigkeit mit Kroatien einzutreten, **hat dieselbe Landesregierung etwas später vollumfängliche Zugeständnisse gegenüber den EU-Kontaktpersonen gemacht. Somit unterzeichnete man das Abkommen.** Die damit verbundenen Kontingente lassen das Resultat dieser kleinen Teildebatte nicht besser aussehen. Des Weiteren zeugten die Argumente von falschen politischen Prioritäten. Die EU-Verantwortlichen wollten angeblich die Diskussion über das Abkommen der Personenfreizügigkeit verweigern, worauf der Bundesrat die von der EU erfolgte Abstrafung, den Ausschluss der Schweiz bei den Abkommen «Erasmus» und «Horizon 2020», wieder rückgängig machen möchte. Über den Nutzen dieser Vereinbarungen muss indes gesprochen werden. **Wenn für den Austausch von Personal kein politisches Abkommen (Personenfreizügigkeit) vonnöten ist, so kommt auch dem Studentenaustauschprogramm («Erasmus») sowie der Forschungszusammenarbeit («Horizon 2020») keine notwendige Priorität zu.** Dies wäre lediglich eine unnötige politische Förderung für eine wirtschaftliche Selbstverständlichkeit. **Ausserdem steht die allgemeine Qualität der Erasmus-Projekte in der Kritik.** Nun lassen sich aber die Landesexekutive und die rot-grünen sowie bürgerlich-liberalen Parteien davon verleiten und beweisen auf diese Weise wiederum auch die mangelnde Akzeptanz des erfolgten Volksentscheides.



Nur die Ecopop-Initiative ist genügend restriktiv, um die Verbetonierung der Schweiz zu stoppen.

### Grosserfolg der Schweizer Demokraten (SD): Ja zur Mundartinitiative

Die Schweizer Demokraten (SD) danken dem Aargauer Stimmvolk für die Annahme der kantonalen Volksinitiative «Ja für Mundart im Kindergarten» und dem damit verbundenen Bekenntnis zur eigenen mündlichen Muttersprache. Dieser Volksentscheid ist im heutigen multikulturellen Zeitgeist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der regionalen Identität. Nun erwarten die SD eine rasche Umsetzung des Volkswillens und hoffen, dass weitere Kantone folgen werden.

Ihre SD-Parteileitung

**Die EU kann somit einen Etappensieg verbuchen, indem ihr Ziel, bei der Personenfreizügigkeit keine Zugeständnisse zu machen, vorerst erreicht wurde.**

Zudem ist die Schweiz zumindest bei «Horizon 2020» definitiv nicht vollumfänglich dabei (Status als sogenannter Drittlandstaat mit beschränkten Rechten), womit dieses Duell zu 100 Prozent verloren ging. Man erreichte rein gar nichts.

### Politische Akteure verhindern wirksame Umsetzung

Ist unser Land innenpolitisch zerstritten, was logischerweise immer

zutrifft (sein muss), muss nach aussen einheitlich aufgetreten werden. Mangels Bereitschaft scheiterte dies jedoch allemal. Parteipolitische Konzepte spielten dabei eine zentrale Rolle. Die rot-grünen Parteien möchten eine erneute Volksabstimmung erzwingen, **sodass einmal mehr über das Gesamtpaket der Bilateralen befunden werden könnte.**

**Die rot-grüne Taktik will zum einen den Volksentscheid eliminieren und zum anderen ein ideologisches Fernziel, den EU-Vollbeitritt, anstreben.**

Fortsetzung Seite 2

## Zuwanderungsdebatte – falsche Spiele aller Beteiligten

Fortsetzung von Seite 1

Diese Kreise wehren sich mit allen Mitteln gegen eine Zuwanderungsbeschränkung mittels Quoten. **Etlliche Bürgerliche befürchten vor allem zu kleine Quantitäten für die jeweiligen Wirtschaftszweige.**

**Die SVP wurde bei den Gesprächen zur Umsetzung nicht einmal eingeladen, wobei sich die Volkspartei den Vorwurf machen lassen muss, eine Volksinitiative mit einem allzu komplizierten Text verfasst zu haben.**

Man kann sich letztlich die Frage stellen, wie eine derart verzettelte Dauerdebatte ein zufriedenstellendes Ergebnis, die Umsetzung eines Volksentscheides, herbeiführen soll. Als optimale Verhandlungstechnik ist unter anderem auch der Einsatz zusätzlicher Druckmittel zu bezeichnen. Mit der Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» der unabhängigen Institution Ecopop wäre ein solches Instrument vorhanden, womit eine klare und verbindliche Obergrenze für das Bevölkerungswachstum festgelegt werden könnte. Diese läge bei 0,2 Prozent respektive ca. 16'000 Personen pro Jahr. Zusätzlich beinhaltet der Initiativtext die Berücksichtigung von Geldern für Massnahmen im Bereich der freiwilligen Familienplanung. Nachdem das Begehren mit ca. 120'000 gültigen Unterschriften eingereicht wurde, diskutieren im ersten Halbjahr 2014 bereits beide Parlamentskammern über die Lösungsvorschläge. Wie schon bei der Masseneinwanderungsinitiative waren sich sämtliche rot-grüne und bürgerlich-liberale Kreise einig. Man sprach wiederum von Wirtschafts- und Fremdenfeindlichkeit.

### SVP fast geschlossen gegen Ecopop

Um die weltweite Bevölkerungszunahme bekämpfen zu können, fügten die politisch heterogen ausgerichteten Verantwortlichen von Ecopop den Passus mit der Entwicklungshilfe ein. Deshalb mussten eigentlich sowohl national-konservative Kreise als auch Sozialdemokraten und Grüne eine unterstützende Haltung einnehmen.

**Stattdessen überboten sich jedoch die National- und Ständeräte sämtlicher Parteien gegenseitig mit polemischen und unsachlichen Argumenten. Kolonialistisch und von Chauvinismus geprägt, sei diese Initiative, heisst es.**

SVP-Parlamentarier Roland Rino Büchel greift sogar zum verbalen Zweihänder und bezeichnet die Initianten als «Birkenstock-Rassisten». Überhaupt zeigt die Volkspartei wie nie zuvor ihr wahres Gesicht. Im Ständerat unterstützte lediglich das parteilose Fraktionsmitglied Thomas Minder die Ecopop-Initiative. Im Nationalrat sprachen sich nur die drei SVP-Abgeordneten Lukas Reimann, Yvette Estermann und Pirmin Schwander dafür aus. Daneben sind noch fünf Enthaltungen zu vermerken: Die Nationalräte Hans Fehr, Pierre Rusconi, Andrea Geissbühler und Luzi Stamm sowie der Lega-Mann Lorenzo Quadri.

**Hiermit beweist die SVP eindrücklich und überdeutlich, dass die Ausländerpolitik immer schon ein rein marketingtechnisches Instrument für Wahlerfolge war.**

Falls in absehbarer Zeit keine konkreten Vorschläge bezüglich Masseneinwanderungsinitiative auf den Tisch gebracht werden, will man analog der Ausschaffungsiniziativa eine sogenannte Durchsetzungsiniziativa lancieren. Auch sachpolitisch betrachtet, könnte dieses Unterfangen allerdings zum Scheitern verurteilt sein. In der Debatte um die Ausschaffung krimineller Ausländer hängt immer noch das Damoklesschwert der Ungültigkeitserklärung an der Decke der Ratssäle. **Die SVP-Strategie würde zudem nur die gesamte Diskussion unnötig verlängern.**

### Nur Ecopop-Initiative führt zum Ziel

Die absolute Priorisierung zugunsten der Ecopop-Initiative ist für die Schweizer Demokraten (SD) die oberste Pflicht.

**Eine Regelung mittels Kontingenten hätte in Zeiten des Aufschwungs und der Hochkonjunktur kaum Auswirkungen auf die Wanderungsbilanz. Die Lösung liegt lediglich in der ersatzlosen Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens.**

Drohgebärden seitens der EU, welche die bilateralen Verträge als solches in Frage stellen, sollte die Schweiz ignorieren. **Insbesondere mit dem Landverkehrsabkommen besitzt man einen Trumpf, der sich gewinnbringend ausspielen lässt.** Gerade die umliegenden Länder können für den Transit nicht auf die kürzeste Nord-Süd-Verbindung verzichten.



Die Vereinigung Ecopop ist politisch unabhängig und wird dennoch von allen Seite denunziert.

**Ansonsten ist zu erwähnen, dass mit sämtlichen wichtigen Handelspartnern ausserhalb des EU-Raums bis zum heutigen Zeitpunkt ohne tiefgreifende politische Vereinbarungen (unter anderem Personenfreizügigkeit) Geschäfte betrieben wurden.**

Die Schweiz hat seit jeher bilaterale Abkommen mit Einzelstaaten abgeschlossen, wozu auch keine vertraglichen Konstrukte mit politischen Grossgebilden vonnöten sind. Als neutrales und unabhängiges Land hält man sich fern von politischer Globalisierung und Blockkämpfen der Mächtigsten.

Nach den wichtigen Regulierungsmassnahmen zum Erhalt der Landesreserven wie der Lex Koller, der Beschränkung der Zweitwohnungen und dem neuen Raumplanungsgesetz, stellt nun die Ecopop-Initiative den nächsten Schritt dar. Dabei bilden die Schweizer Demokraten (SD) einmal mehr die einzige politische Stimme im Land, welche jede Form von Bevölkerungswachstum entschieden bekämpft.

**Die SD rufen bereits jetzt dazu auf, der Ecopop-Initiative mit einem kräftigen Ja an der Urne zum Durchbruch zu verhelfen.**

## Welches ist der richtige Partner für Westeuropa?

Beim zurzeit herrschenden Konflikt in der Ukraine geht es in Wahrheit lediglich um Rohstoffe und geostrategische Positionen. Die USA wollen die NATO auf Kosten der bis jetzt unabhängigen Pufferstaaten zwischen NATO und Russland erweitern. Moldawien, die Ukraine und Weissrussland waren bis anhin solche Pufferstaaten. Seit dem Mauerfall 1989 hat sich die NATO ohnehin schon widerrechtlich Richtung Osten erweitert: Polen, das Baltikum, Tschechien, die Slowakei, Rumänien, Bulgarien. **Diese NATO-Osterweiterung war zwischen Reagan und Gorbatschow nicht vorgesehen.** Nach der Ablösung Jelzins durch Putin sah sich Russland einer er-

weiterten NATO gegenüber, die keineswegs Anstalten machte, sich wie der Warschauer Pakt aufzulösen, obwohl dies folgerichtig gewesen wäre. Russland wurde also auf diese Weise von den «Westmächten» hintergangen.

### Neuer West-Ost-Konflikt

Bis Anfang 2004 (orange Revolution) hielten sich aber auch die Westmächte (NATO) an die ungeschriebene Vereinbarung, wenigstens die damals schon unabhängigen Pufferstaaten der alten Sowjetunion (Moldawien, die Ukraine und Weissrussland) in Ruhe zu lassen, was eine gewisse Stabilität und ein Stillhalten zwischen Russland einerseits und der NATO

andererseits bewirkte (bis etwa Oktober 2013). Dies ist in jüngster Vergangenheit (insbesondere ab November 2013) leider nicht mehr so!

**Auch die geplante Raketenstationierung der USA an der Ostgrenze der NATO hat schon unnötigerweise einen neuen West-Ost-Konflikt heraufbeschwört, der gar nicht hätte stattfinden müssen. Damals gab es überhaupt keine Bedrohung durch Russland.**

Ich erinnere mich noch gut an die Zeit in den 90er-Jahren (Mauerfall und kurz danach), wo Michail Gorbatschow vom «gemeinsamen europäischen Haus» sprach. Er meinte damit natürlich alle europäischen Staaten des christlichen Abendlandes, von Island und den Azoren im Westen bis und mit Russland im Osten.

**Dieser jetzt neue unnötige, wiederaufgeflackerte West-Ost-Konflikt wurde gezielt durch die USA gesteuert, da diese auf keinen Fall will, dass sich alle europäischen Nationen aussöhnen. In diesem Fall wäre «ihre Rolle in Europa» obsolet geworden.**

### Geeintes Europa gefährdet USA

Die westlichen Staaten Europas als Wirtschaftsmacht und die osteuropäischen Staaten mit Rohstoffreichtum wären ein gutes Tandem gewesen, welches problemlos die Wirtschaftsmacht USA von ihrer Spitzenposition verdrängt hätte. Vor allem aber auch kulturell hätten diese christlich-abendländischen Staaten Europas gut zusammen harmonisiert. Vor einem solchen «europäischen Tandem» fürchtet sich die USA noch heute wie «der Teufel das Weihwasser»! Deshalb hat uns die USA auf clevere und zugleich perfide Weise in diesen Konflikt hineingesteigert und uns ungefragt mitgezogen, um so Europa weiterhin gespalten zu halten.

**Ein so gespaltenes und geschwächtes Europa nützt nämlich nur den USA, die selber immer mehr ihre «Felle davon schwimmen sehen».**

Es gibt ja bereits den Schanghai Club (SCO), bestehend aus Russ-



*Die verfassungswidrigen Tendenzen des Islams sind auch in der Schweiz längst sichtbar.*

land, China, Indien und anderen zentralasiatischen Staaten. Auch wäre zukünftig der Handel zwischen West- und Osteuropa vermehrt mit den Währungen Euro und Rubel (statt Dollar) abgewickelt worden.

**Eine Achse Paris, Berlin, Moskau wäre der «Albtraum schlechthin» für die USA gewesen.**

Diese nimmt nun lieber ein gespaltenes und geschwächtes Europa in Kauf, wo sich dann die Westeuropäer noch mehr in die Erdölabhängigkeit der islamisch-arabischen Länder hineinbegeben «müssen», statt Öl und Gas sinnvollerweise aus Osteuropa zu beziehen, was eine engere Zusammenarbeit aller europäischen Länder bewirkt hätte.

### USA provoziert islamische Partnerschaft

Brisanterweise nimmt die USA demnach lieber eine Bedrohung Europas durch die islamischen Länder in Kauf (Ölabhängigkeit, Islamisierung durch Einwanderung), als dass sich das historisch gewachsene christlich-europäische Abendland von den Azoren im Westen bis an den Ural im Osten nähergekommen wäre. Denn diese West-Ost-Annäherung wäre ganz sicher sinnvoller, als das jetzige Szenario einer Politik der erneuten europäischen Spaltung durch die USA! Dieses heraufbeschworene Szenario (für uns Europäer ungewollt!), durch die USA herbeigeführt, ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, denn die isla-

**mischen Staaten, welche uns die USA wahrscheinlich als Ersatzbündnispartner (alternative Rohstofflieferanten) «verkaufen» wollen, werden sich als die viel grössere Gefahr für das christlich-abendländische Europa entpuppen, als wir es hier gerne wahrhaben wollen!**

Dieses Verhalten der USA beweist, dass es ihnen absolut gleichgültig ist, wenn sich Westeuropa durch «falsche Partner» (islamischer Kulturkreis), die ganz andere Wert- und Rechtsvorstellungen haben als die uns ähnlich gesinnten Osteuropäer, vereinnahmen und überrollen lässt, nur um temporären geostrategisch rein wirtschaftlichen Interessen zu genügen. Kulturelles Flair und diesbezügliches Feingefühl, welche möglichen Partnerstaaten zusammenpassen könnten, hatten die USA nämlich noch nie. Denn sie haben ja selbst kaum eine eigene Kultur entwickelt.

**Es geht der USA nur um Wirtschaftsexpansion (möglichst viele Nationen in ihr Schlepptau zu nehmen) und sonst um gar nichts.**

Diese falsche uns von den USA ungefragt aufgezwungene «Partnerschaft» mit den arabisch-moslemischen Ländern wird sich aber als viel tödlicheren Bumerang für Westeuropa erweisen, als wenn wir mit den Russen enger zusammenarbeiten würden. Denn die Staaten des islamischen Kulturkreises sind für Europa definitiv keine Partner, da diese die Vernichtung des europäischen christlich-

**abendländischen Kulturkreises beabsichtigen.** Von daher wäre es für die europäischen Länder klug, sich möglichst wenig oder gar nicht in eine wirtschaftliche und rohstoffmässige Abhängigkeit von solchen (islamischen) Ländern hinein zu begeben. **Oder ist für die USA eine Bedrohung Europas durch den Islam das harmlosere Szenario als eine Zusammenarbeit mit Russland?** Dies ist eine aus meiner Sicht verheerende Fehleinschätzung.

### Mehr Selbstständigkeit für Europa

Die jetzige Situation zeigt deutlich auf, dass die europäischen Nationen diese Geschicke wieder selber in ihre eigenen Hände nehmen müssen, und zwar ohne fremde Schulmeisteri von jenseits des Atlantiks.

**Wir Europäer müssen wieder selber erkennen, welche Partner für uns die Richtigen sind und auch langfristig wirklich zu uns passen (nicht nur wirtschaftlich, sondern auch weltanschaulich und kulturell!).**

**Wir dürfen uns nicht mehr durch fremde Mächte ausserhalb Europas manipulieren lassen, wie dies zurzeit geschieht.** Diese widernatürliche unnötige erneute Spaltung Europas, durch die USA herbeigeführt, könnte uns noch in einen verheerenden Dritten Weltkrieg hineinführen; und dies abermals auf europäischem Boden. **Ein durch aktuelle Konflikte (Ukraine) gebeuteltes Europa wäre dann (nach einem Krieg, den wir hier alle nicht wollen!) eine leichte Beute für die jetzt schon aufrüstenden islamischen Staaten, die in dieser Situation keine Skrupel mehr hätten, in ein solch geschwächtes Europa einzufallen!** Wollen wir das wirklich? Oder ist es nicht an der Zeit, dass die Menschen der europäischen Nationen endlich erwachen und diese sich als falsch erweisende, aufgezwungene «Weichenstellung durch die USA» durchschauen und das Zepher (der Partnerwahl, der Wirtschaftsbeziehungen und der kulturellen Identität) wieder selbst in ihre Hände nehmen würden? Ich denke, dass dies aus gesamteuropäischer Sicht bitter nötig wäre!

Walter Wobmann, Präsident  
SD Stadt Zürich, Zürich

**Kommt alle an die 1.-August-Feier in Kastanienbaum bei Luzern! Die schweizerische Parteileitung freut sich, mit Ihnen einen unterhaltsamen und gemütlichen Nationalfeiertag zu verbringen.**

## Drei SVP-Bundesräte liquidierten die Schweizer Armee!

1995 übernahm der SVP-Bundesrat Ogi von Kaspar Villiger das EMD (Eidgenössisches Militärdepartement). Die Milizarmee befand sich damals inmitten der von Villiger lancierten Reform «Armee 95». Getrieben von einer Schar eilfertiger Berufsoffiziere, zu der auch der spätere Armeechef Keckeis stiess, befahl Ogi überstürzt eine weitere Reform der bewährten Milizarmee, die sie zu einer Einsatzarmee führen sollte.

**Dieses Projekt mit der Bezeichnung «Armee XXI» sollte zu einer mit der NATO kompatiblen Einsatzarmee führen.**

Zu dieser Umwandlung gehörte die Reduktion der Dienstpflicht auf 34 Jahre, die Verkleinerung der Zahl der Wehrpflichtigen auf 200'000 (Milizsoldaten), der Verzicht auf die Territorialverteidigung, die Unterminderung der Bedeutung der Milizoffiziere und vieles mehr.

**Zusätzlich wurde das EMD, ein Name mit bedeutender Schweizer Militärtradition, zum VBS mutiert. Die Bezeichnung VBS löste insbesondere bei den in der Schweiz akkreditierten ausländischen Militärattachés Spott und Gelächter aus.**

Für sie hiess diese Abkürzung «Volleyball, Basketball und Schwimmen». Eilfertig stellten sich insbesondere linke Kreise hinter diese Reform, hofften sie doch dadurch die Schweiz in die EU



Mit dem unterdessen sehr kleinen Armeebestand kann der Verteidigungsauftrag kaum mehr erfüllt werden.

**und NATO zu treiben und am Ende die Armee definitiv abschaffen zu können.**

**Bundesrat Schmid setzte Ogis Reform fort**

Der Nachfolger von Ogi, der damals noch treue SVP-Mann Schmid, musste als ehemaliger Regimentskommandant den Unsinn der Ogi-Reform erkennen, liess sich aber von gekränkten Claqueuren treiben und versuchte die «Armee XXI» umzusetzen. Vermutlich musste er aber 2006 erkennen, dass diese Reform in der Katastrophe einer nicht einsatzfähigen Armee enden musste, denn er verkündete 2006 mit dem Entwicklungsschritt «07/11» die nächste Revision. Wohl stiess er im Parlament zuerst auf Widerstand. Dank der Zustimmung der SPS

wurde aber daraus die sogenannte Reform «08/11» mit kleinen Korrekturen der ursprünglichen Ogi-Revision. Eigentlich war es zu spät für die Rettung der Milizarmee.

**Bundesrat Maurer verkleinerte gesamte Infrastruktur**

Der Nachfolger an der Spitze des VBS, der SVP-Mann Maurer, liess Hoffnungen aufkeimen. Aber bereits seine Personalpolitik zerstörte diese Hoffnungen. So ernannte er den ehemaligen Stellvertreter von Keckeis, Divisionär Blattmann, zum Armeechef. Nun setzte die Liquidierung bewährter Armeematerials – wie der Schützenpanzer 63/73, dessen Vorgänger M-113 noch in vielen Armeen im Einsatz ist – ein.

**Im Gleichschritt mit seiner Entourage verkündet Maurer die**

**nächste Reform «WEA», die in einer neuen Bestandesreduktion mit 100'000 Wehrpflichtigen gipfeln soll. Davon sollen noch knapp 20'000 Milizsoldaten für die Verteidigung – der Hauptauftrag jeder Armee – einsetzbar sein. Gleichzeitig lässt er alles liquidieren, was überhaupt an Armeebestandteilen und damit an Volksvermögen aufgehoben werden kann. Dazu gehören etwa Liegenschaften, Kasernen, Waffensysteme usw.**

**Gefährdete Existenz**

Am Ende bleibt eigentlich nur eine Schlussfolgerung übrig. Wahrlich, es waren drei Bundesräte der SVP notwendig, um die Armee definitiv zu liquidieren und die Schweiz wehrlos zu machen. Selbstverständlich applaudieren die Bundesratsparteien dazu, an der Spitze die SPS und die SVP. Nur muss zu dieser Armeeschaffung auf Raten beachtet werden, dass eine Schweiz ohne eine eigene Verteidigungsfähigkeit sehr bald zu einem Vasallenstaat des nördlichen Nachbarn werden könnte.

**Am Ende könnte sogar die Existenz der Schweiz als gescheiterter Staat hinterfragt werden.**

Die Ablehnung der Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen zielt dabei in dieselbe Richtung, zumal die Luftwaffe das Herzstück eines Armeeheres ist.

*Prof. Dr. Albert A. Stahel,  
e. Gemeinderat, Wädenswil*

## Nun sind die USA gefordert!

Die Schweiz wird im Rahmen der OECD den automatischen Informationsaustausch (AIA) übernehmen. Banken müssen dann ausländischen Behörden Auskunft über Guthaben von deren Staatsbürgern geben. Mit windigen Begründungen erklärt aber die amerikanisch dominierte OECD, dass die USA dieser Pflicht nicht immer nachkommen müssen.

**US-Banken können also nach wie vor in Offshore-Konstrukten Geld verstecken.**

Somit werden sie weiterhin dasselbe tun, wofür sie den Finanzplatz

**Schweiz mit einer Welle von Klagen und horrenden Bussen eindecken.** Ein scheinheiliger US-Justizminister Eric Holder meint, dass keine Bank über dem Gesetz steht. Unerwähnt liess er allerdings, dass «über dem Gesetz» je nachdem, ob es sich um Schweizer- oder US-Banken handelt, verschiedene Massstäbe gelten.

**US-Banken belangen**

Sollten fehlbare amerikanische Banken aus «technischen Gründen» die im Gegenrecht von anderen Staaten verlangten Daten nicht liefern können (eher nicht

liefern wollen), so empfiehlt sich folgendes Vorgehen:

**Justizminister Holder soll dem US-Präsidenten beantragen, den NSA von seinen Spionageaktivitäten im Ausland zu entbinden und auf die Banken in Delaware und Miami anzusetzen.**

Diese Banken sind sodann im Interesse fairer Gleichbehandlung anzuklagen, mit zweistelligen Milliardenbeträgen zu büssen und die Kontendaten samt Bussgeldern den Herkunftsländern der unversicherten Vermögen weiterzulei-

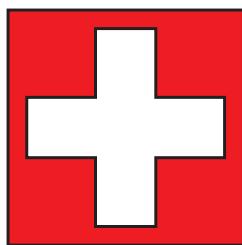


**US-Banken wie «Goldman Sachs» werden mithilfe internationaler Vereinbarungen gezielt gefördert.**

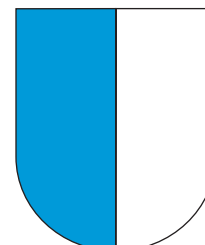
ten. Danach wäre der grösste Finanzplatz der Welt – Obama und Holder sei Dank – plötzlich auch der sauberste!

*Otto Weiersmüller, Uetikon*

**Keine Verschärfung der Lex Koller: Der Ständerat will den ausländischen Spekulanten weiterhin sämtliche Tore offen halten. Die SD verurteilen diese Förderung des Ausverkaufs der Heimat!**



# 1.-August-Feier 2014 der Schweizer Demokraten



**Die diesjährige 1.-August-Feier findet statt  
im Seehotel Kastanienbaum,  
St. Niklausenstrasse 105, Kastanienbaum (LU)**

**Programm:**

ab 10.00 Uhr	<b>Apéro auf der Terrasse, offeriert von der SD Sektion Waldstätte</b>
10.30 Uhr	<b>Musikalischer Auftakt mit Akkordeonist und Sänger Urs Lötscher</b>
10.40 Uhr	<b>Gemeinsames Singen der Nationalhymne «Rufst Du mein Vaterland»</b>
	<b>Begrüssung und Programmführung durch Thomas Blättler, Präsident SD Waldstätte, Emmenbrücke</b>
11.00 Uhr	<b>Bodenständige Musik, vorgetragen durch Urs Lötscher</b>
11.15 Uhr	<b>Referat von Thomas Blättler zu einem aktuellen Thema</b>
12.00 Uhr	<b>Mittagessen – Menüwahl siehe unten</b>
13.30 Uhr	<b>Begrüssung und Kurzansprache in französischer Sprache durch Michel Dupont, 2. Zentralvizepräsident, Pully</b>
14.00 Uhr	<b>Hauptansprache zum Nationalfeiertag. Referent: Adrian Pulver, SD-Zentralsekretär, Bern</b>
	<b>Anschliessend gemeinsames Singen der Nationalhymne «Trittst im Morgenrot daher»</b>
15.00 Uhr	<b>Musikalische Unterhaltung, vorgetragen durch Urs Lötscher</b>
15.15 Uhr	<b>Verabschiedung durch Thomas Blättler</b>
ca. 15.30 Uhr	<b>Ende der Veranstaltung</b>

**Wichtig:**

**Aus organisatorischen Gründen ist eine Anmeldung erwünscht (Anmeldetalon siehe unten!).  
Dieser Anlass wird bei jeder Witterung durchgeführt.**

**Anfahrt:**

Die Anreise **mit dem Zug** ist problemlos. Ab Bern, Basel oder Zürich bis Luzern Hauptbahnhof, dann umsteigen auf die Buslinie 21 (direkt vor dem Bahnhof) bis Kastanienbaum (Station Horw, Kastanienbaum – direkt vor dem Hotel). Die Fahrzeit dauert etwa 16 Minuten (Fahrplan siehe [www.vbl.ch](http://www.vbl.ch)).

**Mit dem Auto** von Bern, Basel oder Zürich die Ausfahrt Luzern-Horw benützen. Danach immer den Schildern «Horw» folgen bis zum grossen Kreisel im Horwer Zentrum. Den Schildern «Kastanienbaum» bis zum See respektive Seehotel folgen. Vom Gotthard oder Brünigpass her die Ausfahrt Horw benützen. Danach Richtung Kriens, beim Kreisel (McDonald's) die dritte Ausfahrt Richtung Horw/Kastanienbaum benützen. Den Schildern «Kastanienbaum» bis zum See respektive Seehotel folgen. Vor dem Hotel ist eine beschränkte Anzahl von Parkplätzen vorhanden.

**Für dringende Rückfragen zur SD-Feier:** Telefon 031 974 20 10 (Zentralsekretariat) oder  
076 416 17 00 (Natel Thomas Blättler, Präsident SD Waldstätte).

---

**Ich/Wir nehmen an der 1.-August-Feier teil**

(Ja/Nein)

Anzahl Personen

Vorname

Nachname

Ich/Wir wünschen folgendes Menü:

Anzahl Menü 1

Anzahl Menü 2

Anzahl Menü 3 (Menüs siehe unten)

Ort und Datum

Unterschrift

**Menü 1 (Fleisch)**

Chrüsi-Müsi-Salat aus der Schüssel  
Luzerner Chügelipastete «original serviert»

Mostcrème mit Früchten garniert

Menüpreis CHF 35.– pro Person

**Menü 2 (Fisch)**

Bouillon mit Flädli  
Fischknusperli mit Salzkartoffeln  
und Blattspinat

Gebrannte Crème mit Rahm garniert

Menüpreis CHF 35.– pro Person

**Menü 3 (Vegi)**

Märitsuppe  
Äpler Makkaronen mit Apfelmus  
(ohne Schinken)  
Karamelköppli mit Rahm garniert

Menüpreis CHF 30.– pro Person

**Bitte stellen Sie den ausgefüllten Talon per Post an SD, Sektion Waldstätte, Postfach 4113, 6002 Luzern oder  
per E-Mail an [thomas2222@hotmail.com](mailto:thomas2222@hotmail.com) zu.**

# Grossartiger Erfolg der SD Aargau

## SD-Initiative klar angenommen

Mitte April 2012 haben die Schweizer Demokraten des Kantons Aargau ihre Initiative «Ja für Mundart im Kindergarten» mit 3700 beglaubigten Unterschriften (nötig waren 3000) bei der Staatskanzlei Aargau eingereicht, und dies nach nur neunmonatiger Sammelfrist (die Frist dauerte noch bis 18. Juli 2012). Dieser Erfolg kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, standen doch die SD allein auf weiter Flur, sowohl bei der Sammlung der Unterschriften als auch bei der Abstimmung; dabei floss aus der kantonalen Kasse kaum Geld in die Werbung, während die Gegenseite (wie meist, wenn es gegen die SD geht) massenweise Geld ausgab.

### Abstimmungsergebnis

Die 121'587 Ja-Stimmen entsprechen über 55,5 Prozent aller Stimmen, wobei alle Bezirke die Vorlage annahmen. Dabei votierten diverse grosse Städte und Gemeinden entweder klar dagegen (unter anderem Aarau, Baden und Lenzburg) beziehungsweise knapp dagegen (unter anderem Wettingen, Brugg und Windisch) – Aarau, Wettingen und Baden sind mit ziemlichem Vorsprung die drei grössten Gemeinden im Aargau.

**Dass Ennetbaden mit 67 Prozent Nein-Stimmen einen traurigen Tiefpunkt darstellt, erstaunt weiter nicht. Diese Gemeinde wird im Aargau jeweils als «Goldküste» bezeichnet.**

### Ja-Stimmen in Bezirken und einzelnen Gemeinden

Bezirk Aarau: 51,1%; Stadt Aarau 43,74%.

Bezirk Baden: 51,4%; Stadt Baden 42,3%, Ennetbaden 33,1%, Neuenhof 60,26%, Obersiggenthal 45,72%, Spreitenbach 62,5%, Wettingen 49,7%.

Die hohen Anteile von Ja-Stimmen in Neuenhof und Spreitenbach erstaunen nicht. **Wohnen doch in diesen beiden Gemeinden um die 50% Ausländer (in Spreitenbach sogar über 50%).**

Bezirk Bremgarten: 56,6%.

Bezirk Brugg: 53,8%.

Bezirk Kulm: 64,74%; in den beiden grössten Gemeinden beinahe 70% (Menziken 69,7% und Reinach 68,8% Ja).

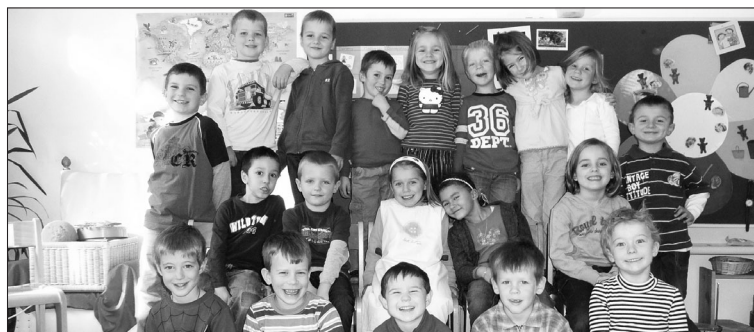
Bezirk Laufenburg: 57,45%.

Bezirk Lenzburg: 55,8%.

Bezirk Muri: 56,6%.

Bezirk Rheinfelden: 58,6%; Stadt Rheinfelden 55,4%.

Bezirk Zofingen: 59,9%; Aarburg



*Mundart im Kindergarten ist für den Schutz der schweizerischen Identität elementar.*

(bekannt durch den neusten «Asylanten-Skandal») 64,5%, Oftringen (ein «Arbeiter-Ort») 63,4%, Zofingen (eine eher «mehrbessere» Stadt) 51,05%.

Bezirk Zurzach: 57,85%.

Speziell erwähnen möchte ich Thomas Reiniger aus Wegensteten (Bezirk Rheinfelden), der in den beiden (den SD im Allgemeinen nicht besonders wohlwollend gesinnten) Bezirken Rheinfelden und Laufenburg allein beinahe 30 Prozent der total im Kanton gesammelten Unterschriften zusammengebracht hat. **Dank und Gratulation an Thomas Reiniger!**

### Warnung vor «Zusammenarbeit» mit der SVP

Ich komme nicht darum herum, wieder einmal dringend davor zu warnen, mit der SVP ein «Bündnis» einzugehen. Ich erinnere daran, wie sich seinerzeit Christoph Blocher beim Referendum gegen Schweizer Blauhelmssoldaten strikt weigerte, «seine» SVP bei der Unterschriftensammlung mitmachen zu lassen. Als das Referendum dann zustande gekommen war, sprang Blocher vor der Volksabstimmung «elegant» auf den fahrenden Zug auf und war danach der «grosse Held». Dieses Mal hat der Hauptinitiator der Mundartinitiative leider den Fehler begangen, **in das 13-köpfige Initiativkomitee noch drei Leute der SVP aufzunehmen, welche bei der Unterschriftensammlung kaum eine Unterschrift gesammelt hatten.**

**Und vor der Abstimmung vom 18. Mai gründete man ein Komitee mit lauter SVP-Leuten! Und was war das Resultat? Kaum jemand im Aargau sprach von unserer SD-Initiative. Im Aargauer Radio und Fernsehen sprach man gar von der SVP-Initiative (!).**

Einmal wurde dann so «nebenbei» wenigstens davon gesprochen, dass

herzlich wenig. Also nochmals: Finger weg von «Zusammenarbeit» mit der SVP!

### Schlechte Verlierer

Auf die vielen negativen Kommentare und Leserbriefe kann ich hier nicht eingehen. Lediglich ein immer wieder vorkommendes Argument war, dass es jetzt in der ersten Klasse der Primarschule noch schwieriger sein werde, die Kinder zu unterrichten. Ein absoluter Tiefpunkt von Grossrat Thomas Leitch (SP Aargau) sei immerhin erwähnt: Unter anderem liess er verlauten (Aargauer Zeitung vom 19. Mai 2014): «Die sprachliche Integration fremdsprachiger Kinder wird erschwert.» Bemerkung hierzu: Diesen Typ interessieren also vor allem die fremdsprachigen Kinder. **Dass – wie alle «Verlierer» der Abstimmung immer wieder betonten – auch Schweizer Kinder betroffen sein würden, interessiert ihn also nicht. Da kann ich nur sagen: Typisch für die Linke.**

*Dragan Najman,  
e. Grossrat, Baden*

## Alpsteinwochenende

**Wir werden wie in früheren Jahren ein Wochenende im Alpstein durchführen. Übernachten werden wir in der Tannhütte, einem Haus der Naturfreunde Sektion St. Gallen.**

<b>Am</b>	<b>9. bis 10. August 2014</b>		
<b>Treffpunkt</b>	Samstag, 9. August, vormittags um 10.00 Uhr im Gaiserbahnhof in St. Gallen		
<b>Bahnbillett</b>	Werden wir besorgen.		
<b>Retour</b>	Sonntag, ca. 18.00 Uhr in St. Gallen		
<b>Lebensmittel</b>	Werden wir besorgen (Nachttrunk darf natürlich jeder selber mitnehmen)		
<b>Mitnehmen</b>	Rucksack (er muss noch etwas Platz für Lebensmittel haben), Badehose, gute Wanderschuhe, Regenschutz, Ersatzwäsche, Taschenlampe, Hygieneartikel, Nachtwäsche, Sonnencreme, Sonnenhut, gute Laune.		
<b>Übernachten</b>	Massenlager		
<b>Kosten</b>	Erwachsene	Fr. 30.–	
	Erstes Kind	Fr. 20.–	
	Restliche Kinder	gratis!	
<b>Anmeldung</b>	Angemeldet ist nur, wer den Talon mit dem Geld zugesandt hat. Bei Nichterscheinen wird der Beitrag zugunsten der anderen Teilnehmer verwendet.		

### Anmeldeschluss: 1. August 2014

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_

Tel: \_\_\_\_\_ Anzahl Personen: \_\_\_\_\_ E: \_\_\_\_\_ K: \_\_\_\_\_

Ich besitze ein Halbtaxabo: \_\_\_\_\_ oder eine andere Vergünstigung: \_\_\_\_\_

Einsenden an: SD St. Gallen, Roland Uhler, Fichtestr. 16, 9000 St. Gallen, Tel. 070 639 06 07



## Avec nous?

Loin de nous approprier le célèbre apophtegme (... si Dieu existait, il serait avec nous!) de la grande Louise MICHEL (1830-1905), reconnaissons que, désormais, il ne nous est pas interdit de nous en réclamer...

En effet, qui, parmi nous, n'a pas compris dans ce combat perdu d'avance, la militante anarchiste contre le pouvoir oppressif de son époque: l'exploitation capitaliste et de son corollaire: l'aliénation dévastatrice que nous combattons, nous aussi, depuis toujours?

Aujourd'hui, la situation est différente. La gauche, reconvertie en (mauvaise) gestionnaire d'un système qu'elle était sensée combattre s'est faite Hara-Kiri. C'était prévu...

La droite, toujours «la plus bête...», c'était prévu aussi!...

Reste le nationalisme, en constante progression en Europe (Hongrie, Norvège, France, Suède et,



dernièrement, en Grande-Bretagne...) Pas suffisamment quand même pour conquérir à lui tout seul le pouvoir. Le FN (6,5 millions d'électeurs en 2012) qui devrait disposer de 80 députés n'en comp-

te que 2! (système électoral (très) démocratique français!) Sans évoquer la catastrophique situation internationale actuelle qui peut conduire à une Troisième Guerre mondiale!

Les USA et la France, qui a éradiqué un voyou pour le remplacer par un imbécile veulent, après la Libye en 2011, (à chacun sa petite guerre!), renverser par tous les moyens (y compris des «preuves» falsifiées...) le pouvoir de la Syrie laïque avant de s'occuper plus sérieusement de l'Iran, prochain et véritable objectif de l'opération, avec la complicité de ce que l'on nomme benoîtement la «communauté internationale» (1/4 des Etats de la planète!) totalement inféodée aux Etats-Unis et à leurs commanditaires.

La diabolisation de l'adversaire aujourd'hui a, en réalité, commencé à Nuremberg en 1946.

Dès lors, si une nouvelle conflagration survenait, nous pourrions légitimement souscrire au célèbre aphorisme de Louise MICHEL.

*Pierre-Maurice Vernay, président des DS Vaud, Remaufens*

## Initiative Ecopop: l'UDC se fourvoie dans de curieuses stratégies

Les Démocrates suisses (DS) sont à la fois très indignés et peu étonnés par les escarmouches lancées à la suite de l'acceptation par le peuple, le 9 février dernier, de l'initiative contre l'immigration de masse. Ainsi nous rebat-on les oreilles de l'échec inévitable d'éventuelles négociations avec l'Union européenne ou encore d'une nouvelle votation populaire sur l'ensemble des accords bilatéraux. **Tous les acteurs concernés refusent, d'une manière on ne peut plus évidente, la mise en œuvre de la décision du peuple.**

des restrictions dans le cadre de la loi contre le bradage du sol national. L'UDC préfère manifestement recourir à une initiative de mise en œuvre (comme lors des débats sur le renvoi des étrangers criminels) pour donner l'illusion qu'elle fait pression dans la question de l'immigration, **mais cette manœuvre n'a pour effet que de prolonger les discussions.** Les DS désapprouvent cette stratégie malhonnête de l'UDC et défendent bec et ongles la

limitation de la croissance démographique (sans libre circulation ni contingents) que vise l'initiative Ecopop.

**L'UDC a promis à ses électeurs de mener le combat contre l'immigration, mais ce n'est pas la première fois qu'elle donne à penser que cette promesse ne lui tient pas vraiment à cœur.**

La question de l'immigration semble plutôt être pour elle un outil de propagande populiste qu'elle utilise selon son bon plaisir, lorsqu'il sert la stratégie du Parti.

*Adrian Pulver, secrétaire national, Berne*

**Démocrate Suisse**

**Il est donc plus important que jamais de soutenir l'initiative Ecopop, de façon à pouvoir dénoncer la libre circulation des personnes.**

Pourtant, sous la Coupole, **le groupe parlementaire UDC rejette cette initiative, qui rendrait impossible le plafonnement de l'immigration économique (contingents).** L'UDC souhaite-t-elle réellement limiter l'immigration? On est en droit de se poser la question, les conseillers aux États UDC ayant déjà refusé

## Initiative cantonale en faveur du dialecte: victoire des Démocrates suisses

Les Démocrates suisses (DS) remercient les citoyens du canton d'Argovie d'avoir approuvé leur initiative populaire cantonale en faveur du dialecte à l'école enfantine et, ce faisant, d'avoir pris fait et cause pour leur langue maternelle orale. En ces temps placés sous le signe du multiculturalisme, cette décision populaire est un pas important vers le renforcement de

l'identité régionale, **d'autant plus que les enfants étrangers se familiariseront eux aussi dès leur plus jeune âge avec le dialecte argovien.**

**Ainsi, l'école enfantine se portera également garante de l'intégration des étrangers dans la communauté locale et prévient en même temps la formation de sociétés parallèles.**

L'allemand ne sera utilisé comme langue d'enseignement qu'à partir de l'école primaire.

Les DS espèrent que la volonté du peuple sera mise en œuvre rapidement et que d'autres cantons prendront le même chemin.

*Adrian Pulver, secrétaire national, Berne*

Offizielles Organ der  
Schweizer  
Demokraten **SD** 

**SD-Zentralsekretariat**  
Postfach 8116, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10  
Telefax 031 974 20 11  
Postkonto 80-2270-0  
(Zentralkasse Killwangen)  
www.schweizer-demokraten.ch  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

**Redaktion**  
Schweizer Demokrat  
Postfach 8116  
3001 Bern

**Redaktoren:**  
Adrian Pulver,  
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)  
Rudolf Keller, e. Nationalrat/  
e. Landrat, Frenkendorf  
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden  
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,  
Köniz



**Stärken Sie die  
Schweizer Demokraten  
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement  
SCHWEIZER DEMOKRAT**  
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–  
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der  
Schweizer Demokraten (SD)  
werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum  
Verteilen

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach 8116, 3001 Bern  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

## Herzliche Gratulation zum Wahlsieg!

Europawahlen 2014: flächendeckender Grosse Erfolg der EU-Gegner

Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen die Wahlergebnisse für das Europaparlament mit Freude zur Kenntnis und werten dieses Votum der EU-Bürger als allgemein wachsende Skepsis gegenüber der Notwendigkeit einer Europäischen Union. Insbesondere auch in den strukturstarke Industriestaaten schaut man dem zentralistischen Regulierungswahn seit längerer Zeit misstrauischer entgegen, zumal ein europäischer Bundesstaat mit dem faktischen Verzicht auf die bestehenden Landesgrenzen immer noch das Fernziel der Brüsseler Elite darstellt.

**Die Krisen der letzten sieben Jahre beweisen eindrücklich den latenten Demokratieabbau in sämtlichen Nationalstaaten innerhalb der EU.**

Anstatt einem Gebilde mit dem Machtkonzentrat weniger Grossstaaten, welche wirtschaftlich schwächere Länder rücksichtslos ausbeuten, beitreten zu wollen, sollte sich die Schweiz vielmehr auf die bilaterale Zusammenarbeit mit anderen kleineren Nationen konzentrieren. Dabei sind die heutigen EU-Abkommen nicht vonnö-

ten. Die SD vertreten seit jeher eine Politik für ein Europa der unabhängigen und souveränen Vaterländer und der damit verbundenen grösstmöglichen Neutralität der Schweiz.

**Es ist lediglich zu hoffen, dass sich nun alle EU-kritischen Parteien, ob bürgerlich-populistisch oder national-konservativ, im Europaparlament gemeinsam für mehr Föderalismus einsetzen werden.**

Adrian Pulver,  
SD-Zentralsekretär, Bern

## Vollgeld-Initiative: Unterschriftensammlung läuft!

Nur 10 Prozent des umlaufenden volkswirtschaftlichen Gesamtkapitals sind Münzen oder Noten der Nationalbank. **90 Prozent der Geldmenge sind kein Nationalbankgeld, sondern Giralgeld der Geschäftsbanken.**

**Ein Kredit wird von Banken nicht aus Spargeldern von anderen Bankkunden weitervermittelt, sondern per Gutschrift praktisch selbst aus dem Nichts geschöpft.**

Finanzinstitute sind Geldschöpfungsmultiplikatoren. Limitiert wird diese Kreditgeldschöpfung durch Mindestreserven und Eigenkapitalvorschriften. Diese Begrenzungen sind aber wenig wirksam

und können umgangen werden. Deswegen kommt es dann zu Blasenbildungen. Das führt zwar nicht immer zu Inflation, **aber treibt die Spekulation an – zurzeit insbesondere auf dem Immobilienmarkt.**

**Vollgeldreform sichert Sparguthaben ab**

Die Vollgeldreformer Huber, Binswanger und der Schweizer Verein «Monetäre Modernisierung» (MoMo) fordern in ihrer Initiative, dass es statt Buchgeld der Geschäftsbanken nur Vollgeld – das ist Zentralbankgeld – gibt. **Nur die Notenbank soll Geld schöpfen dürfen und nicht die Geschäftsbanken. Mit einer Vollgeldreform wäre das Geld auf dem Bankkonto in vollem**

**Umfang von der Notenbank gedeckt.** Die Sparguthaben wären in einer Bankenkrise deshalb nicht gefährdet. Vor allem aber würde aus dem per Kreditschuld geschöpften Giralgeld gedecktes Geld. Die Geschäftsbanken vergäben Kredite nur mit vorhandenem Vollgeld, das sie sich von Sparern oder auf dem Finanzmarkt besorgen.

**Mit einer Vollgeldreform erlangt die Nationalbank wieder die Kontrolle über die gesamte Geldmenge und kann damit Blasenbildungen, Inflation und überbordendes Wachstum direkt verhindern.**

Alex Schneider, Küttigen

## Das Testament – Die letztwillige Verfügung

*Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten*

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

**Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat! Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.**

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung? Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:

**Schweizer Demokraten SD, Postfach 8116, 3001 Bern**  
Tel. 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11, schweizer-demokraten@bluewin.ch  
Sie können sich aber auch an den Zentralpräsidenten wenden:  
Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf, rudolf.keller@bluewin.ch

**Kollektive Verideologisierung der parlamentarischen Elite! Humanisten und Wirtschaftsliberale verteufeln gemeinsam die Ecopop-Initiative statt sich in sachlicher Weise dem Problem der Überbevölkerung zu stellen.**

**Die Schweizer Demokraten (SD) nehmen jede Spende, ob gross oder klein, gerne an. Den beiliegenden Einzahlungsschein finden Sie zwischen Seite 4 und 5. Vielen Dank für Ihre wertvolle Unterstützung!**

Ihre SD-Parteileitung